

Direkte Demokratie

Herausforderungen zwischen Politik und Recht

**Festschrift für Andreas Auer
zum 65. Geburtstag**

Herausgegeben von
Andrea Good
Bettina Platipodis



Stämpfli Verlag

Direkte Demokratie

Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag



André B.

Direkte Demokratie

Herausforderungen zwischen Politik und Recht

Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Andrea Good
Bettina Platipodis



Stämpfli Verlag

Zitiervorschlag:

Autor, Beitrag, in Festschrift Andreas Auer, Direkte Demokratie

Abbildung auf der Frontispiz-Seite: Olivier Vogelsang

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Gesamtherstellung:

Stämpfli Publikationen AG, Bern

Printed in Switzerland

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2013

www.staempfliverlag.com

ISBN 978-3-7272-2966-4



Partizipation als Norm und Artefakt in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie

Entmystifizierung der durchschnittlichen Stimmbeteiligung anhand von Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen

UWE SERDÜLT

Inhaltsverzeichnis

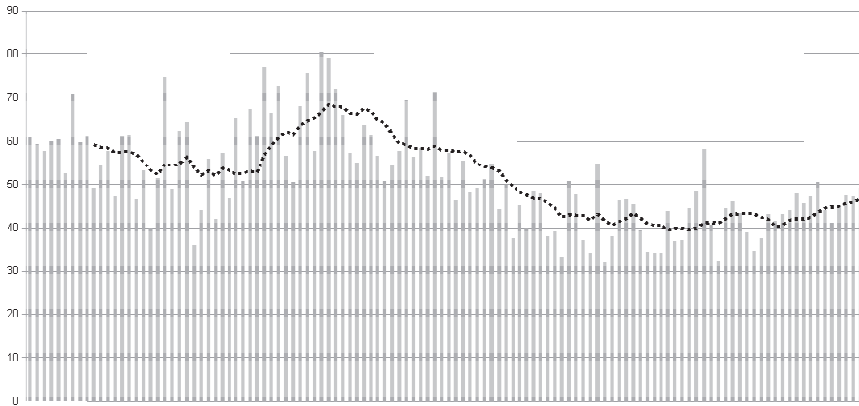
1.	Sinkende Stimmbeteiligung	41
2.	Die Folgen in Theorie und Praxis	45
3.	Konträre empirische Evidenz	46
4.	Schlussbemerkungen	50

1. Sinkende Stimmbeteiligung

In diesem Beitrag möchte ich anhand von erstmals publizierten und ausgewerteten Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen aufzeigen, dass die gängige Messung der formalen politischen Partizipation mithilfe von Durchschnittswerten – zugegebenermassen «faute de mieux» – zu Fehlschlüssen verleitet und dass dadurch gleichzeitig das Ausmass an formaler politischer Partizipation in der Schweiz massiv unterschätzt wird. Anstatt der üblicherweise verwendeten durchschnittlichen Stimmbeteiligung plädiere ich dafür, den Blick für eine alternative Betrachtungs- und Messweise zu öffnen, für einen Indikator zur Messung von formaler politischer Partizipation, den ich vorläufig als «kumulative Stimmbeteiligung» bezeichnen möchte.

Grafik:

Durchschnittliche Stimmbeteiligung für nationale Volksabstimmungen pro Jahr (Balken) und zehnjähriges, gleitendes Mittel (punktierter Linie), 1879 – 2011



Quelle: www.c2d.ch

Es gehört schon fast zum allgemeinen Kulturgut, dass wir in der Schweiz als Preis unserer stark ausgebauten direkten Demokratie auf allen Staatsebenen mit einer geringen durchschnittlichen Stimmbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen leben müssen. Die langjährige, durchschnittliche Stimmbeteiligung bei Abstimmungen sank nach dem Zweiten Weltkrieg von ungefähr 60 Prozent während den 1970er-Jahren auf rund 40 Prozent ab und liegt momentan wieder leicht höher bei etwa 45 Prozent¹ (siehe Grafik 1), aber immer noch unter dem kritischen Wert von 50 Prozent. Gängige Erklärungsfaktoren für die teilweise hohe Stimtabstinenz in der Schweiz wie die «Häufigkeit von Abstimmungsvorlagen», die «Kompetenz der Stimmbürger» oder die «Wichtigkeit von Vorlagen» greifen bei einer längerfristig angelegten, historischen Betrachtungsweise nicht oder nur teilweise. Mehr oder weniger wichtige oder einfach zu verstehende Vorlagen gab es schon immer. Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist seit dem Zweiten Weltkrieg angestiegen, ohne sich positiv auf die Beteiligung auszuwirken. Trotz einem Mehr an Vorlagen in den letzten Jahren ist die durchschnittliche Stimmbeteiligung leicht angestiegen.

¹ Trechsel, Alexander H., Volksabstimmungen, in: Klöti, Ulrich et al. Handbuch der Schweizer Politik – Manuel de la politique suisse, 4. Aufl., Zürich, 2006, S. 462-463; Linder, Wolf, Schweizerische Demokratie: Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 3. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien, 2012, S. 308 – 309.

Auch im internationalen Vergleich liegt die Stimmbeteiligung in der Schweiz tief,² was damit erklärt wird, dass in der Schweiz zusätzlich zu den Wahlen drei- bis viermal im Jahr auf allen drei Staatsebenen auch Sachabstimmungen stattfinden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen demnach pro Jahr zu rund einem Dutzend zum Teil komplexen Sachgeschäften Stellung nehmen, was sich negativ auf die Beteiligung auswirke.

Vergleichende Studien über die Gründe unterschiedlich hoher Partizipation mit einem Bezug zur Schweiz, wie diejenige von Markus Freitag,³ haben folgende Erklärungen geliefert, die in unserem Kontext von Bedeutung sind:

- a) Abschaffung des Stimmzwanges oder der Stimmpflicht nach dem Zweiten Weltkrieg oder zu Beginn der 1970er-Jahre: das bedeutet aber auch, dass die ältere Generation noch damit aufgewachsen ist. Die Teilnahme an Abstimmungen wurde früher noch stärker als Bürgerpflicht empfunden. Zudem spielte die soziale Kontrolle wegen fehlender Briefwahl⁴ zumindest im ländlichen Raum (wer an die Urne ging und wer nicht, war direkt sichtbar). Auch wenn die Sanktionierung mit Bussen sicherlich uneinheitlich war, belegen kantonsübergreifende Studien die Wichtigkeit des «Stimmzwanges» als Erklärungsfaktor.⁵
- b) Späte Einführung des Frauenstimmrechtes: bekanntlich haben Frauen in der Schweiz das Stimmrecht auf nationaler Ebene erst 1971 erhalten, was sich negativ auf die Partizipation älterer Kohorten von Frauen ausgewirkt hat. Diese Frauen haben die vollen politischen Rechte erst nach ihrer primären politischen Sozialisation erlangt und weisen als Gruppe deshalb tiefere Partizipationsraten auf.⁶

Dank Umfragedaten, in erster Linie den seit 1977 nach Abstimmungen durchgeführten VOX-Analysen, geht man in der politikwissenschaftlichen Literatur bezüglich ihrer Partizipation heute von drei soziologischen Typen von Stimmbürgern aus: es gibt die Abstentionisten, die selektiven Urnengänger sowie die Modellbürger.⁷

² Kirchgässner, Gebhard, Feld, Lars P. und Savioz, Marcel R., *Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*, Basel/Genf/München, 1999, S. 61.

³ Freitag, Markus, *Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien: Eine Analyse zur Erklärung von Niveauunterschieden*, *Swiss Political Science Review* 2(4), 1 – 35.

⁴ Kriesi, Hanspeter, *Direct Democratic Choice, The Swiss Experience*, Lanham/Boulder/New York/Toronto/Oxford, 2005, S. 113.

⁵ Schwegler, Eveline, *Motivstrukturen unter Stimmzwang: Sind die Schaffhauser die Schweizerischen Musterbürger?* CIS Working Paper no 42, 2009, S. 7 – 8.

⁶ Kriesi, Hanspeter, *Direct Democratic Choice, The Swiss Experience*, Lanham/Boulder/New York/Toronto/Oxford, 2005, S. 122.

⁷ Mottier, Véronique, *La structuration sociale de la participation aux votations fédérales*, in: Kriesi, Hanspeter, *Citoyenneté et démocratie directe: Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisses*. Zürich, 1993, S. 123 – 165.

- 1) Bei der Gruppe der «Abstentionisten» sind Frauen, Jüngere (20 – 29 und 30 – 39 Jahre alt) und Befragte mit Primar- oder Sekundarschulabschluss leicht überrepräsentiert. Sie können sich viel weniger gut mit einer politischen Partei identifizieren und tendieren zu einem höheren Regierungsmisstrauen.
- 2) Das Profil der selektiv Partizipierenden ist nicht weiter auffällig und entspricht bezüglich der ausgewerteten Merkmale wie Geschlecht, Alter, Bildung, Parteiidentifikation, Links-Rechts-Selbsteinstufung und Vertrauen in die Regierung dem Durchschnitt aller Befragten. Eine leichte Tendenz scheint dahin zu gehen, dass die unter 50-Jährigen dem selektiven Abstimmen etwas stärker zugeneigt sind. Es könnte sich dabei um den bereits oben beschriebenen Generationeneffekt handeln (Alterskohorten, die noch vom Stimmzwang geprägt sind).
- 3) Bei den Modellbürgern, die eigentlich immer an die Urne gehen, sind die Männer leicht überrepräsentiert, auch die über 50-Jährigen, diejenigen mit höherer Bildung, stärkerem politischen Bewusstsein, mitunter in Form einer dezidierten Parteiidentifikation, gehören dieser Gruppe an.

Dieser Befund ist deshalb wichtig, weil er es erlaubt, die angeführten institutionellen Erklärungsfaktoren (Stimmpflicht, Frauenstimmrecht) in ein auf sozialer Norm und Utilitarismus beruhendes, soziologisches Gruppenmodell zu fassen, das sowohl die vormals hohe als auch die momentan tiefere durchschnittliche Stimmbeteiligung zu erfassen vermag.

Unsicher ist die Forschung jedoch immer noch über die Grösse der drei identifizierten Gruppen, entspricht es in der Bevölkerung unterstützt durch den öffentlichen, politischen Diskurs doch einer sozialen Erwartung, an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen zu müssen. Ein relativ hoher Anteil der Befragten empfindet es als Pflicht, diesem sozial erwünschten Verhalten zu entsprechen, und gibt deshalb auch bei Umfragen an, abgestimmt zu haben, ohne dass dies notwendigerweise der Fall war. Überprüfen lässt sich das ja im Regelfall nicht. Diese mögliche Verzerrung durch den in der Umfrageforschung bestens bekannten Effekt des sogenannten «Overreporting»⁸ verfälscht deshalb auf Umfragedaten basierende Angaben eventuell. Wir gehen jedoch im Allgemeinen momentan davon aus, dass 25 Prozent der Stimmberechtigten zu den Modellbürgern gehören, die von 10 Abstimmungen keine auslassen, dass sich 20 Prozent nie an die Urne begeben, und dass demnach 55 Prozent unregelmässige Urnengänger sind.⁹

⁸ Serdült, Uwe, Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 25. Juni 1995, VOX-Analyse Nr. 57, Bern/Zürich, Oktober 1995, S. 37 – 40.

⁹ Linder, Schweizerische Demokratie, S. 310. Bezüglich Overreporting siehe: Fussnote 14, S. 310.

2. Die Folgen in Theorie und Praxis

Was jedoch eigentlich interessiert und für das Funktionieren einer Demokratie auch in der Praxis relevant ist, ist die Frage, wie es in der heutigen Schweiz um die politische Partizipation und somit um die Demokratie insgesamt steht. Die einseitige Fokussierung auf die durchschnittliche Stimmbeteiligung lenkt m. E. davon ab. Dass politische Partizipation nicht nur aus den formalen Prozeduren wie Wahlen und Abstimmungen besteht, wird dabei entsprechend berücksichtigt und auch honoriert. Global kann gemäss Joye und Papadopoulos nicht von einer Krise der Partizipation gesprochen werden. Während dem Absinken der formellen politischen Partizipation in den 1970er- und 1980er-Jahren erlebte die Schweiz immer wieder auch das Aufleben informeller politischer Aktivitäten in Form von neuen sozialen Bewegungen.¹⁰ Von einer generellen Krise der Partizipation kann also dank einer aktiven und in einer direkten Demokratie wie derjenigen der Schweiz auch sehr erfolgreichen Zivilgesellschaft¹¹ nicht gesprochen werden. Zu hapern scheint es lediglich mit der formalen politischen Partizipation, besonders wenn wir auf die durchschnittliche Stimmbeteiligung blicken. Ist dem wirklich so? Dieser Indikator ist für die sozialwissenschaftliche Forschung als Mass für die formale politische Partizipation zwar ohne grossen Aufwand zu erheben, weil verlässlich in amtlichen Statistiken auffindbar. Wie Wolf Linder aber trefflich vermerkt, vermag die prozentuale Stimmbeteiligung für sich genommen, nur weil sie für die Forschung leicht zugänglich ist, als Bewertungskriterium für die Qualität einer Demokratie nicht zu überzeugen.¹²

Neben dieser m. E. unzulässigen konzeptuellen Verengung, wie sie heute in den empirischen Sozialwissenschaften gängige Praxis ist, hat der Fokus auf die durchschnittliche Stimmbeteiligung als Mass für die formale politische Partizipation aber auch weitere Folgen:

1. Sowohl im wissenschaftlichen wie auch im öffentlichen Diskurs werden längerfristig unter 50 Prozent liegende Partizipationsraten als problematisch für die Legitimität von demokratischen Entscheiden angesehen. Beobachter und Kommentatoren der Schweizer Politik hinterfragen die Legitimität von Sachentscheiden bei einer oft unter 50 Prozent liegenden Stimmbeteiligung sowohl im In- wie im Ausland regelmässig. Die Demokratie scheint gefährdet zu sein, denn eine hohe Beteiligung wird als Zeichen einer hohen Akzeptanz des

¹⁰ Joye, Dominique und Papadopoulos, Yannis, *Votations moteur: les logiques du vote blanc et de la participation*, in: Papadopoulos, Yannis, *Elites politiques et peuple Suisse: Analyse des votations fédérales: 1979 – 1987*, Lausanne, 1994, S. 245 – 275.

¹¹ Serdült, Uwe und Welp, Yanina, *Direct Democracy Upside Down*, *Taiwan Journal of Democracy*, 8(1), 69 – 92.

¹² Linder, Wolf, *Schweizerische Demokratie*, 2006, S. 312.

demokratischen Systems insgesamt gewertet. So hat auch in der Schweiz die niedrige durchschnittliche Stimmbeteiligung mitunter dazu herhalten müssen, als Symptom des «Helvetischen Malaise»¹³ zu gelten.

2. Im internationalen Vergleich wird die Schweiz zusammen mit den USA als Land mit sehr niedriger Stimmbeteiligung geführt und schneidet in Demokratie-Rankings deswegen zuweilen auch schlechter ab, als sie es aufgrund der stark ausgebauten direkten Demokratie verdienen würde. Je stärker das Gewicht der durchschnittlichen Stimmbeteiligung und der Fokus auf Wahlen als Mass für formale politische Partizipation, desto weniger Punkte gibt es für die Schweiz in Demokratie-Rankings.¹⁴

Wohlgemerkt geht es hier nicht in erster Linie darum, das Image der Schweiz als funktionierende Demokratie zu wahren oder wiederherzustellen, sondern darauf hinzuweisen, dass durch Routine und einseitige Messung ein Artefakt geschaffen wurde und weiterhin aufrechterhalten wird. Ich möchte im nächsten Kapitel deshalb mithilfe von Stimmregisterdaten aufzeigen, dass die Teilnahme an Abstimmungen in der Schweiz nachweisbar viel höher ist, als allgemein angenommen.

3. Konträre empirische Evidenz

Ein Hinterfragen der auf amtlichen Statistiken und Umfragedaten beruhenden Erkenntnisse über die Stimmbeteiligung bei Abstimmungen in der Schweiz ist nur über eine Auswertung von Stimmregisterdaten möglich. Solche Datensätze können in anonymisierter Form in der Schweiz jedoch meines Wissens auf Antrag nur für den Kanton Genf und für die Stadt St. Gallen (ab 2010) beschafft werden. Ich verwende hier die Stimmregisterdaten für sieben in Folge durchgeführte Abstimmungen in den Jahren 2010 (3 Daten), 2011, (3 Daten) und 2012 (1 Datum) der Stadt St. Gallen. Stimmregisterdaten haben den Vorteil, dass sich das Elektorat anonymisiert, aber je einzeln über mehrere Abstimmungen hinweg verfolgen lässt. Zu diesem Zweck habe ich einen kombinierten, alle sieben Abstimmungen umfassenden Datensatz erstellt.

Die Stimmbeteiligung in der Stadt St. Gallen zeigt für die sieben ausgewerteten Abstimmungen Werte (siehe Tab. 1), die für die Schweiz relativ

¹³ Kreis, Georg (Hrsg.) Max Imodens historischer Zuruf und seine überzeitliche Bedeutung. Zürich, 2011.

¹⁴ Für eine Diskussion unter Einbezug direkter Demokratie siehe: Peterlevitz, Tiago, Adding processes of direct democracy to an assessment of political participation, C2D Working Paper Series, 39, 2011.

hoch, aber durchaus im üblichen Rahmen liegen (Spalte Part A %). Sie schwanken zwischen 44.5 und 53.4 Prozent.

Tabelle 1:

Elektorat und durchschnittliche Stimmbeteiligung für die sieben ausgewerteten Abstimmungen in der Stadt St. Gallen in Prozent

Abstimmung	Elektorat	Part A %	Part B %
7. März 2010	44'469	44.7	47.0
26. Sept. 2010	44'590	44.5	46.7
28. Nov. 2010	44'718	53.4	55.4
13. Feb. 2011	44'638	47.7	49.7
15. Mai 2011	44'687	46.8	49.6
27. Nov. 2011	44'680	50.6	53.2
11. März 2012	44'603	49.9	51.3

Quelle: Fachstelle für Statistik Kanton St. Gallen, Statistikdaten Stimmbeteiligte Stadt St. Gallen, 2010–2012.

Um über alle sieben Abstimmungen hinweg Auswertungen machen zu können, betrachte ich in der Folge nur noch das permanente Elektorat über die gesamte Zeitdauer hinweg, vom 7. März 2010 bis zum 11. März 2012. Während dieser Zeitspanne Zu- und Weggezogene fallen deshalb weg (Reduktion auf N=38'683). Wenn wir die durchschnittliche Beteiligung des permanenten Elektorates pro Abstimmungstermin betrachten (Spalte Part B % in Tab. 1), fällt auf, dass sie jeweils um einige Prozentpunkte höher ausfällt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im permanenten Elektorat interessieren sich demnach stärker für die Ausübung ihrer Bürgerrechte als die Zu- und Wegzuger.

Tabelle 2:**Kumulative Stimmbeteiligung in der Stadt St. Gallen für alle sieben Abstimmungen (N=38'683)**

Beteiligung	absolut	in %	kumulierte %
1-mal	3'786	9.8	9.8
2-mal	2'837	7.3	17.1
3-mal	2'691	7.0	24.1
4-mal	2'700	7.0	31.1
5-mal	3'318	8.6	39.7
6-mal	4'762	12.3	52.0
7-mal	9'002	23.3	75.3
nie	9'587	24.8	100.1

Quelle: Fachstelle für Statistik Kanton St. Gallen, Statistikdaten Stimmbeteiligte Stadt St. Gallen, 2010–2012.

Wenn wir nun, wie vorgeschlagen, über alle sieben Abstimmungsdaten hinweg auszählen (siehe Tab. 2), wie oft ein Einzelner des permanenten Elektorates an Abstimmungen teilgenommen hat, stellen wir erstaunlicherweise fest, dass sich die Beteiligungsquote bis auf 75.3 Prozent kumuliert – und das innerhalb von lediglich rund zwei Jahren. Es lässt sich noch nicht feststellen, aber es kann gut sein, dass über eine ganze Legislatur von vier Jahren hinweg in einer Stadt wie St. Gallen 80 Prozent des Elektorates mindestens einmal an einer Abstimmung beteiligt war (Wahlen noch ausgeschlossen). 75.3 Prozent des Elektorates haben sich also an mindestens einer von sieben Abstimmungen beteiligt. Dieser Wert entspricht nun ganz und gar nicht mehr dem Bild einer nicht an Politik und Abstimmungen interessierten, stillen, schweigenden Mehrheit in der schweizerischen Abstimmungdemokratie!

Weiter stellen wir fest, dass die Verteilung zwischen Stimmbastinenten, selektiven Urnengängern und Modellbürgern mit den Prozentwerten von 25:50:25 ziemlich genau den oben präsentierten Umfragewerten aus den VOX-Analysen entspricht. Ob dies ein Zufallstreffer ist oder ob es den zitierten Effekt des «Overreporting» – so wie wir ihn normalerweise interpretieren – gar nicht gibt, sei hier noch dahingestellt. Dazu bedarf es weiterer Abklärungen und einer Validierung mit Daten aus dem Kanton Genf. Ich tendiere jedoch aufgrund dieser ersten Auswertung dazu, «Overreporting» in einem neuen Licht zu sehen. Möglicherweise «lügen» die Befragten in einer Umfrage gar nicht. Sie haben es aufgrund ihrer hohen kumulativen Stimmbeteiligung über einen längeren Zeitraum hinweg gar nicht nötig.

Tabelle 3:
Kumulative Partizipationspyramide für die sieben ausgewerteten
Abstimmungen der Stadt St. Gallen, in Prozent

		1	2	3	4	5	6	7
2010	1	47.0						
			57.5					
	2	46.7		66.1				
			62.3		68.6			
	3	55.4		66.3		71.4		
			62.4		69.6		73.8	
2011	4	49.7		67.1		72.5		75.3
			60.4		70.6		74.2	
	5	49.6		66.6		72.6		
			62.6		69.6			
	6	53.2		67.2				
			62.0					
2012	7	51.3						

Quelle: Fachstelle für Statistik Kanton St. Gallen, Statistikdaten Stimmbeteiligte Stadt St. Gallen, 2010–2012.

Wie wir in Tabelle 3 sehen, springt die kumulative Stimmbeteiligung nämlich für jedes mögliche Paar der sieben ausgewerteten Abstimmungen bereits über den kritischen Wert von 50 Prozent (alle Prozentwerte in Spalte 2). Innerhalb von sechs Monaten hatten sich in der Stadt St. Gallen stets mehr als 50 Prozent des Elektorates an Abstimmungen beteiligt. Die Kumulation, basierend auf die je drei Abstimmungen für 2010 und 2011 (siehe grau unterlegte Werte in Spalte 3), führt zu Jahreswerten von 66.1 beziehungsweise 66.6 Prozent Beteiligung. Für die Dauer von zwei Kalenderjahren kommen wir auf eine kumulative Stimmbeteiligung von 73.8 Prozent (siehe grau unterlegter Wert in Spalte 6).

Tabelle 4:**Formale politische Partizipation bei Abstimmungen pro Jahr in der Stadt St. Gallen im Durchschnitt und kumuliert**

Jahr	Durchschnitt	kumulativ
2010	47.6 %	66.1 %
2011	50.8 %	66.6 %

Quelle: Fachstelle für Statistik Kanton St. Gallen, Statistikdaten Stimmbeteiligte Stadt St. Gallen, 2010–2012.

Ein zwar immer noch konservativer, aber bezüglich formaler politischer Partizipation valider Wert pro Jahr läge demnach für die Stadt St. Gallen bei rund 66 Prozent (siehe Tab. 4). Der Unterschied zu den weit tiefer liegenden jährlichen Durchschnittswerten ist auffällig.

4. Schlussbemerkungen

Wie so oft gilt auch hier das gängige Diktum: «more research is needed». Für die Stadt St. Gallen werden die Partizipationsdaten glücklicherweise so erfasst, dass detaillierte Auswertungen der Stimmregister auch in Zukunft möglich sein werden. Eine Kreuzvalidierung der gefundenen Muster mit den Daten aus dem Kanton Genf steht zwar noch aus. Es sei jedoch hier noch kurz erwähnt, dass die kumulative Partizipation für das Jahr 2009 auch im Kanton Genf bei rund 70 Prozent zu liegen kommt.

Ziel dieses Beitrages war es nicht, die direkte Demokratie der Schweiz zu verherrlichen, sondern den Blick auf eine alternative Betrachtungsweise der politischen Partizipation zu öffnen, und eine zwar kommode, aber letztlich für die Schweiz irreführende Messung von politischer Partizipation anhand von Durchschnittswerten zu hinterfragen. Das ist als konzeptuelle Anregung und kritische Eingabe im wissenschaftlichen Alltag Usus und hat oft weiter keine Konsequenzen. Aufgrund des Gewichtes der direkten Demokratie im politischen System der Schweiz und der immer wieder lancierten Diskussionen über die angeblich zu niedrige Stimmbeteiligung könnte die Einführung einer kumulativen Betrachtungsweise von Stimmbeteiligung aber zu Konsequenzen führen, die über eine Diskussion der Messmethode hinausgehen. Es kommt nicht nur darauf an, wie wir als Bürgerinnen und Bürger direkte Demokratie praktizieren, sondern auch, wie wir sie als Forscherinnen und Forscher nach bestem Wissen und Gewissen aufbereiten und damit den politischen Diskurs darüber mitprägen.